

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 5. März 1896.

№ 27.

Zur Situation.

Die Angehörigen des Buchdruckgewerbes sind soeben Zeugen eines noch nicht erlebten wunderbaren Schauspiels. Im Zeitraum von nur acht Tagen hat fast jeder Buchdrucker in Deutschland in strophend gefüllten Versammlungen seine Stimme für einen folgenschweren Schritt nach vorwärts in die Waagschale geworfen. Die Bewegung von 1896 stellt, zunächst in ihren ersten Phasen, selbst die von 1891/92 tief, tief in den Schatten. Viel ausgeprägter tritt die Einmütigkeit und Teilnahme in Erstrebung des gesteckten Zieles in die Erscheinung; was damals von nirgends berichtet werden konnte: daß die Kollegenschaft einer bestimmten Stadt mit geringer Ausnahme in ihrer Gesamtheit die beschließende Versammlung besucht hat, es ist diesmal die Regel.

Beinahe unübersehlich ist die Zahl der von der Bewegung fortgerissenen Druckorte, kein annähernd in Betracht kommender Platz fehlt. Und überall läuft die Beratung in die mit Jauchzen aufgenommene einstimmige Beschließung des Eintretens für die wohlverdienten, längst im Herzen getragenen und unausschießbar gewordenen Forderungen aus.

Ja, obwar der Appell im gemäßigtsten Ton an die Kollegenschaft gerichtet wurde — das Echo braust vielmal schärfer zurück. Die Kollegen ließen es meistens nicht bei einer platonischen Sympathiebezeugung bewenden, sie drückten zugleich ihren strikten Voratz aus, ihre ganze Person hinter das erhobene Palladium zu stellen. Berlin, der leuchtende Vorort unser ausgebreiteten Gehilfenschaftswesens, es hat in einer so zahlreichen Gesellschaft von zielstrebigen Corps wiederum den Vogel abgeschossen: ungekümmt drängt es zum Treffen und das gesamte Reich ihm nach.

Sedoch, wenn wir nun der gegenwärtigen Bewegung den Preis zuerkennen vor der letzten, doch die ganze Welt in Erstaunen setzenden, wenn sie somit schon in sich die gleichermaßen größere Gewähr des guten Gelingens trägt, so dürfte in den kommenden Phasen ihr noch ein anderer unschätzbarer Vorzug eigen sein; daß sie nämlich nicht in einer allgemeinen Aufreibung enden, sondern daß wie ein Phönix aus der Asche aus ihr wahrscheinlich die parlamentarische Regelung der Grundlage für die Wirtschaft des Gewerbes ihren Aufschwung nehmen wird.

Man ist mehrfach unzufrieden gewesen mit der unter der Bedingung, daß keine Feindseligkeiten erfolgen, vorläufigen passiven Annahme des auf den 10. März verschobenen Termins zur Beantwortung der vom Verbandsvorstande an den Prinzipalsverein gestellten Anträge. Durch nichts ist die Gehilfenschaft gebunden, den betreffenden spätern Tag abzuwarten, sie kann eger handeln. Allein die Zusagen für eine Einigung wurden in so bestimmter Form gegeben und, was die Hauptsache, zu einer Zeit, als noch gar keine Vermutung vorlag, wie sich die deutsche Kollegenschaft zu der Leipziger Aufzorderung schlüssig machen werde, daß gegen die keine Verlängerung der Frist im Augenblick sich nichts wesentliches einwenden ließ. Besonders

aber wollten die unterhandelnden Kollegen einer friedlichen Abwicklung nicht von vornherein den Weg versperren. In den letzten Tagen haben sich die maßgebenden Herren Prinzipale am Orte (Leipzig), der Verdacht beschleicht uns wenigstens, einer Aussprache mit den Gehilfen entzogen, sie tragen die Schuld, wenn das Mißtrauen sogleich erwacht.

Ob danach auf die Gefahr hin, einer Verschleppungsmethode gegenübergestellt zu werden, noch auf den definitiven Bescheid zu warten ratsam ist, diese Frage möchten wir nicht gerade bejahend beantworten. Warten die Gehilfen dennoch auf die ordentliche Sitzung der Repräsentanten des Deutschen Buchdrucker-Vereins, so legen sie damit wahrlich einen schlagenden Beweis ihres Bestrebens auf Erzielung einer Einigung ab. Die der ausgesprochenen Erwartung, daß der Verbandsvorstand sich bis zum 10. März gebulden würde, vom Vorstande des D. B. V. hinzugefügte Versicherung, daß der eingereichte Antrag auf ein „wohlwollendes Entgegenkommen“ zu rechnen habe, kann ja trotz aller früheren Erfahrungen mit bewegen, die nächsten Tage noch in Abwartung zu verharren. Dazu darf auch ferner die bisherige Unterlassung von Provokationen bewegen, die in früheren Jahren das Feuer auslösdern machten.

Wenn Tausende von Kollegen mit diesen hier niedergelegten Worten nicht einverstanden sind, wofür, so mögen sie es ohne Bözern bekunden. Man glaube nicht, daß uns Schwäche geneigt macht, die erbetene Fristverlängerung zu acceptieren. Im Gegenteil, die Stärke der Gehilfenposition gestattet vielmehr einige Gebuld. Sollte indes die feste Erwartung, daß ohne Aufenthalt nach dem 10. März die erforderlichen Vollziehungen zur Vereinbarung über die schwebenden Anträge stattfinden, unerfüllt bleiben, dann, daß kein unsere Leser überzeugt, ist uns ihr jetzt zurückgehaltener Wunsch Befehl, durchgreifende Anstalten zu propagieren.

Uebrigens sind für die zu erledigende Kleinarbeit einige Tage Zeit erforderlich. Die von den einzelnen Orten gefassten Anträge zur Tarifberatung mögen schleunigst dem Verbandsvorstand übersandt werden, damit dieser sie zum Verhandlungsmaterial ordnen kann. Des Ersuchens zu eventuellen sonstigen Arbeiten, die den Kollegen noch obliegen, können dieselben jedes Tages gewärtig sein. Gibt man sich überdies mit dem oben Gesagten zufrieden, so fänden natürlich Mitte der nächsten Woche überall die Versammlungen zur Entgegennahme der Prinzipalsentscheidungen statt. Direktiven werden dann noch rechtzeitig erfolgen.

Aus mehrjähriger Zurückhaltung ist die deutsche Buchdruckergehilfenschaft in musterhafter Geschlossenheit auf den Plan getreten zur Besserung der gewerblichen Zustände. So stark sie sich fühlt, so mächtig ist ihr Verhalten. In diesem Momente tritt nach der ersten Auswallung die übliche gespannte Stille ein. An uns hat es nicht gelegen, wenn das Gewitter nachher nicht auf den Verhandlungsaal lokalisiert bleiben sollte. Wir Gehilfen wollen einen auf zeitgemäßen Reformen basierten gesunden Frieden.

Das Urteil eines Fabrikanten über die Verkürzung der Arbeitszeit.

Alle diejenigen, welche nicht einsehen können oder wollen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine unbedingte Notwendigkeit ist, muß der nachstehende, im Auszuge wiedergegebene Artikel des Fabrikbesizers Herrn Heinrich Freese in Berlin (veröffentlicht im Sozialpolit. Zentralblatt 1894) wenn nicht belehren, so doch zum Nachdenken zwingen. Vielleicht hat dieses Nachdenken wenigstens die Folge, daß die Unternehmer, sobald die betr. Forderung an sie herantritt, sich nicht zum Kampfe rufen, der doch nur — wie 1891 bei den Buchdruckern — zu einer Vertagung führen kann, sondern die Parole ausgeben: Der Kampf ist zwecklos!

Herr Freese führt den historischen Nachweis, daß die Frage des Frauen- und Kinderchutzes mit Hilfe des Staates stets Fortschritte gemacht hat, und dies trotz der jeweilig gemachten bestigen Opposition der Unternehmer, und fährt dann fort: „Nicht anders wie der Frage des Frauen- und Kinderchutzes liegt die Frage des Maximalarbeits-tages für erwachsene männliche Arbeiter. Das Gesetz hat früher nicht Halt machen können bei dem 9. Jahre des Kindes oder dem 16. Jahre der weiblichen Arbeiter. Es wird auf die Dauer nicht Halt machen können bei dem 16. Jahre des männlichen Arbeiters, sobald die Notwendigkeit und Möglichkeit eines weitern Eingreifens nachzuweisen ist. In dem einen wie dem andern Falle handelt es sich um die Ausbeutung der Schwachen und um Raubbau an der Zukunft des Volkes.“

Zur Beurteilung der Möglichkeit einer weitgehenden Erfüllung der Wünsche des Arbeiterverbandes können vielleicht die Erfahrungen einigen Anhalt geben, die der Verfasser dieser Zeilen während eines Zeitraumes von 20 Jahren in seinen Betrieben gemacht hat.

Die Arbeitszeit in unseren Fabriken war früher wie leider in sehr vielen Betrieben völlig unregelmäßig. Die Fabrikordnung legte sie auf 9½ Stunden fest. Tatsächlich betrug sie aber in der toten Zeit für einzelne Werkstellen oft nur 7½ Stunden, im Sommer oft genug bis zu 14 Stunden. An Feiertagen wurde stets gearbeitet. Auch Nacharbeit kam vor. Es hieß, daß es nicht anders ginge. Zunehmender Mißmut über allerlei mit einer derartigen Betriebsart verknüpfte Unordnungen bezogen uns, 1884 in der ersten mit dem Arbeiterausschusse vereinbarten Fabrikordnung die Nacharbeit für Salonarbeiter abzuschaffen. Im Jahr 1888 wurde dann versuchsweise die für unentbehrlich gehaltene Sonntagsarbeit abgeschafft. Zwei Jahre später wurde versuchsweise der Neunstundenarbeit eingeführt. Das Risiko dieses Versuches war nicht allzugroß. Da die regelmäßige Arbeitszeit schon vorher 9½ Stunden betrug, aber Montags und Sonnabends eine Stunde weniger, so reduzierte das neue Abkommen die Arbeitszeit nur von 55 auf 54 Stunden. Das Wichtigste daran war nur der prinzipielle Ausschluß aller Ueberstunden und Feiertagsarbeit. Das Ergebnis entsprach unseren Wünschen. Wir selbst verloren bei den Lohnarbeitern eine Stunde, ersparten aber dafür an Ueberwachung, Licht und Heizung.

Auf Grund dieser Ergebnisse kamen wir in der Sitzung des Ausschusses vom 7. September 1891 auf die Frage des Achtstundentages zurück, und da gerade die stille Zeit vor uns lag, so einigten wir uns mit dem Ausschusse schließlich dahin, einen Versuch zu wagen. Das Risiko des Versuches wurde zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geteilt, derart, daß die Affordarbeiter auf einen Zuschlag zu den Ende 1890 neu vereinbarten und stellenweise ausgebefferten Affordtarifen verzichteten, allen Lohnarbeitern und ebenso den Affordarbeitern bei vorkommenden Stundenarbeiten fabrikseitig der gleiche Lohn für den Achtstundentag gewährt wurde wie vorher für den Neun- oder 9½ stündigen Arbeitstag. Da Affordarbeit in unsern Betrieben überwiegt, so ist es klar, daß dabei die Arbeiterschaft selbst den größten Teil des Risikos übernahm. Das Risiko des Arbeitgebers wurde noch durch die weitere Ueberlegung gemildert, daß bei konzentrierter Thätigkeit aller Affordarbeiter zweifellos auch die auf Stundenlohn arbeitenden Hilfskräfte, um mitzukommen, eine höhere Leistung aufweisen würden. Es ist das auch durchweg der Fall gewesen. Dies zur richtigen Abwägung von

Lab und Tadel für den Arbeitgeber, der thätlich nicht allzuweit riskierte, als er auf den Achtstundentag einging.
 Je weniger aber diese Art des Zustandekommens dem Unternehmer ein besonderes Verdienst zuweist, desto mehr spricht sie für den Achtstundentag selbst. Denn die überwiegende Mehrzahl aller Industriellen wird sich in derselben Lage befinden wie wir, nämlich in einer gewerblich zu wenig reichen, daß sich gefährliche Experimente mit dem ganzen Betriebe ganz von selbst verbieten. War trotzdem der Achtstundentag möglich und ist ohne Opfer für Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchgeführt worden, um so besser für die Ansichten des Achtstundentages selbst.
 Betreffs der Ueberarbeit führt der Verfasser aus: „Es zeigte sich, daß die Sonntagsarbeit nicht notwendig, sondern sogar schädlich war. Gearbeitet wurde unvernünftig wenig, und in Folge des verlorenen Sonntages am Montag auch nicht viel mehr. Das Gleiche galt von den Leberstunden: ihre Notwendigkeit war in der Hauptsache nur eingebildet. Wir erinnern uns, daß z. B. Pader, die die abzuendenden Waren erst abends aus den Werkstätten erhielten und stets Leberstunden gemacht hatten, ihrer in dem Augenblicke nicht mehr bedurften, als wir uns bei einer Lohnerhöhung deren Nichtzahlung ausbedungen. Da sie sie nicht mehr bezahlt erhielten, so waren sie auf einmal nicht mehr vorhanden. Eine bessere und rechtzeitige Fürsorge in den betreffenden Werkstätten, die eine frühere Einlieferung bewirkte, machte plötzlich, daß alles bei Fabrikstillschluß fertig war. Man hatte sich vorher auf die Leberstunden, die einen Teil des Einkommens bildeten, eingerichtet, es ging nicht anders. Mit der latenten Ursache fiel auch die Wirkung fort. Ähnliches hatten wir mehrfach erlebt. So blieb, wenn in der stillen Zeit wegen Arbeitsmangels die Arbeitszeit abgekürzt wurde, das abgelieferte Quantum Arbeit zum Mißbehagen des Arbeitgebers trotzdem immer beinahe das gleiche. Andererseits kann ein dauernder Erfolg mit verkürzten Arbeitszeiten nur durch schrittweises Vorgehen — wie bei uns — erzielt werden. Es ist ein Gewöhnlich, An den Achtstundentag darf man erst denken, wenn der Neunstundentag sich bewährt und eingelebt hat, und an diesen erst, wenn vorher eine zehnstündige Arbeitsdauer erreicht war. Jedes andre Vorgehen muß gewagt erscheinen.“

Bemerkenswert ist die günstige Wirkung auch auf solche Arbeiterkategorien, die sich anfangs gegen den Achtstundentag gestraubt hatten. Ältere Leute, die von der Neuerung vorher nichts wissen wollten, weil sie darin eine Schädigung sahen, äußerten sich später befriedigt. Ebenso die weiblichen Arbeiter und die Maschinenarbeiter. Auch bei den Hoblern, Kreislagenhewertern und Präsern ergab es sich, daß entgegen der Theorie, wonach dort ein Ausfall eintreten müsse, die Praxis ein andres Resultat zeigte, auch die Maschinen ergaben beim Achtstundentage kein Minus, sondern ein Mehr. Ist also von Gegnern des Maximalarbeitstages behauptet worden, daß wenigstens beim Maschinenbetrieb ein Ausfall von 20 Proz. eintreten müsse, den entweder der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer oder die Abnehmer tragen müssen, so hat dies durch unsere Betriebsergebnisse eine Bestätigung nicht erfahren. Nicht hoch genug sind dagegen anzuschlagen die Vorteile. Ein Mann, der um 5 Uhr die Fabrik verläßt, hat Zeit für seine Familie, für seine Kinder, für seine geistige und körperliche Pflege. Einer der sie mit dem Morgengrauen betritt und mit dem Eintritte der Nacht verläßt, nicht. Hier würden die übertriebenen Arbeitszeiten geradezu gemeinschädlich.“
 Dies dürfte vorläufig zu unserm Zwecke genügen.
 Aus der Praxis bezeugt Herr Freese, daß die Verkürzung der Arbeitszeit sogar bis auf acht Stunden von Vorteil statt von Schaden für den Unternehmer ist. Beide Teile finden dabei ihre Rechnung. In unserm Falle rechtfertigt sich aber die geforderte Lohnerhöhung aus der während der vielen Jahre, wo den Gehilfen keine Aufbesserung zu teil wurde, sie in ihrem Einkommen vielmehr zurückgeschraubt wurden, vor sich gegangenen Verteuerung.

Korrespondenzen.

Berichte über die Stellungnahme zur Leipziger Resolution für Tarifänderung.

Frankfurt a. M., 2. März. Die heute Abend abgehaltene Versammlung, welche von über 400 Kollegen besucht war, trat begeistert für die Leipziger Resolution ein. Kollege Dominé referierte über dieselbe unter lebhaftem Beifalle der Kollegen. Sämtliche Redner des Abends sprachen sich dahin aus, daß die Frankfurter Gehilfenschaft eventuell gewillt sei, den von ihr gestellten Forderungen energisch Nachdruck zu verleihen. Eine diesbezügliche Resolution wurde unter allgemeinem Bravo einstimmig angenommen. Die Versammlung brachte gleichzeitig den Wunsch zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand die Forderungen schleunigst und energisch an betreffender Stelle stellen möge. Mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die großartig verlaufene Versammlung geschlossen.

Koburg, 29. Februar. In der gestern abgehaltenen Versammlung, welche von Verbands- wie Nichtverbandsmitgliedern gut besucht war, erklärten sich alle Redner mit der Leipziger Resolution betr. Tarifänderung einverstanden.

Schwern i. M., 29. Februar. Nach einem Referate des Kollegen Wabersky aus Hamburg erklärte sich die heute abgehaltene gut besuchte Versammlung der Schwe-

ruer Buchdrucker mit der seitens der Leipziger Kollegen gefaßten Resolution voll und ganz einverstanden, sich der festen Hoffnung hingebend, daß das gegenwärtige einmütige Vorgehen der Gehilfen die Prinzipale veranlassen wird, zu einer Wiederherstellung geordneter Tarifverhältnisse im Buchdruckgewerbe die Hand zu bieten.

Speier. In betreff der Leipziger Resolution behufs Tarifrevision faßte der hiesige Bezirksverein in seiner hauptsächlich in obiger Angelegenheit am 29. Februar abgehaltenen Versammlung folgende Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Leipziger Resolution vollständig einverstanden; der Bezirksverein wird zur angegebenen Zeit dieselbe nach Kräften unterstützen.“

Marburg, 29. Febr. Die heute von fast sämtlichen Buchdruckern Marburgs besuchte Versammlung erklärte sich nach einem mit vielem Beifall aufgenommenen Referat des Bezirksvorsitzenden mit der Leipziger Resolution einstimmig einverstanden und nahm eine weitere Resolution an, in welcher eine Erhöhung des Minimums oder eine Erhöhung des Lokalzuschlags gefordert wurde. Ein Hoch auf die Solidarität der deutschen Buchdrucker schloß die sehr antmiert verlaufene Versammlung.

F. Wandersb., 29. Februar. Am letzten Donnerstag nahm der Ortsverein Wandersb. in außerordentlicher Versammlung zur Leipziger Resolution Stellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende H. Kirchmann seiner Freude darüber Ausdruck, daß alle Kollegen bis auf den letzten Mann erschienen seien und forderte auf, auf dem beschrifteten Plakate weiter zu wandeln. Kollege Fischer entrollt in lebhaften Farben ein Bild der jetzigen unbilligen Zustände in unserm Gewerbe. Die Löhne in unserm Berufe seien unter das allgemeine Niveau gekommen. So erhielten z. B. in Hamburg die Maurer und Zimmerleute einen Stundenlohn von 60 Pfg., während wir Buchdrucker, von denen man doch auch noch etwas mehr Schulbildung verlangt und die man wie zum Hohne die Pioniere der Arbeiter nennt, uns mit einem Stundenlohn von durchschnittlich 38 bis 40 Pfg. begnügen müßten. Redner betonte, daß wir uns voll und ganz auf den Boden der Leipziger Resolution stellen müßten, und sollten unsere Forderungen im Wege gültiger Vereinbarungen nicht Geltung erlangen, so müßten wir gegebenen Falles bereit sein, derselben dadurch Nachdruck zu verschaffen, daß wir einmütig die Kündigung einreichen. Nachdem noch einige Kollegen sich lebhaft über diesen Punkt ausgesprochen hatten, ging folgende Resolution ein: „Die Versammlung erklärt hiermit einstimmig, auf dem Boden der Leipziger Resolution zu stehen und mit allen Kräften für dieselbe einzutreten.“ Die Versammlung erwartet von allen deutschen Buchdruckergehilfen ein gleiches Vorgehen, damit der gegenwärtige unwürdige Zustand, hinter den österreich-ungarischen und Schweizer Kollegen zurückzuführen, ein baldiges Ende nimmt.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme. — Unter Verhiebenem wurden alsdann die Beihilfszuchterei und die tarifwidrigen Zustände hier am Ort einer scharfen Kritik unterworfen. Es entspinnt sich eine lebhafteste Debatte über das hiesige Minimum. Eine seiner Zeit vom Vorstand an den Gauvorstand gerichtete Anfrage ergab die verblüffende Antwort, daß in Wandersb. das einfache Minimum ohne Lokalzuschlag zu zahlen sei — weil Wandersb. nicht speziell unter den Druckstädten aufgeführt ist, für welche ein Lokalzuschlag festgelegt ist. Nun ist Wandersb. aber doch mit unserer großen Nachbarstadt Hamburg sozusagen zusammengebaut und es müßte demzufolge auch denselben Lokalzuschlag haben wie Hamburg und Altona. Im Laufe dieser Diskussion ging folgende Resolution ein: „Der Ortsverein Wandersb. hält es in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse in Wandersb. und insbesondere deswegen, daß die Wandersb. Drucker hauptsächlich hiesiger Druckarbeiten herstellen, für eine Notwendigkeit, daß das Minimum in Wandersb. ebenso hoch gestellt wird, wie in unserer Nachbarstadt Hamburg und daß die Mitgliedschaft Wandersb. dem Gau Hamburg einverleibt wird.“

Fortsetzung dieser Berichte siehe Beilage.

A. Barmen. Eines äußerst zahlreichen Besuches erfreute sich die Sonntag den 23. Februar hier selbst im Lokale des Kollegen Ludewigs abgehaltene Bezirksversammlung. Anwesend waren von Barmen 53, Remscheid 14, Schwelm 8, Lennep 3 Mitglieder; außerdem 1 Durchreisender, 2 Gäste und 2 Nichtmitglieder. — Der Jahresbericht des Vorsitzenden wies im großen und ganzen nur erfreuliches auf. Die Mitgliederzahl nahm um 25 (bis jetzt 28) zu. Versammlungen, welche sämtlich statt besucht waren, fanden statt: 5 Bezirksversammlungen (2 in Barmen, je 1 in Remscheid, Schwelm und Lennep), 9 ordentliche und 2 außerordentliche Ortsversammlungen in Barmen und 14 Ortsversammlungen in Remscheid, außerdem wurden in Barmen 2 allgemeine Buchdrucker-, in Remscheid eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung abgehalten. Die Barmer und Remscheider Kollegen sind durch je 2 Delegierte in den betreffenden Gewerkschaftsstatellen vertreten. Die Barmer Bibliothek zählt 448, die Remscheider 40 Bände. Die Barmer Druckerei hat 383,09 Mk. Bestand. In Schwelm stehen jetzt 8 Mitglieder, welche um Gründung eines Ortsvereins ersucht wurden. In Lennep stieg die Mitgliederzahl von 3 auf 4. Wermelskirchen hat jetzt 3, Radevormwald 2 Mitglieder. In Wipperfurth und Hückeswagen werden so „hohe“ Löhne gezahlt, daß für uns dort schwer zu agieren ist. Ronsdorf, die bekannte, politisch so aufgeklärte Stadt, ist für uns ein unfrucht-

bares Feld. Lüttringhausen ging uns durch Bezug des dort stehenden Kollegen wieder verloren. Der Prinzipal arbeitet jetzt nur mit 2 Gehilfen. Insgesamt hat der Bezirk Barmen in 47 Druckereien 222 Gehilfen (14 Faktoren, 3 Korrektoren, 163 Sezer, 24 Drucker, 17 Schmelzberger, 4 Stereotypen). Hiervon sind 112 Mitglieder, 110 Nichtmitglieder. 5 berechnen tarifmäßig, 9 unter Tarif; 98 Gehilfen stehen über, 55 zum, 41 unter Minimum. 65 arbeiten täglich weniger, 41 mehr als 10 Stunden, 115 10 Stunden. Lehrlinge sind 89 vorhanden. Hier ist also besonders in den kleinen Orten noch Arbeit genug für uns (und hoffentlich trägt die jetzt in Fluß kommende Bewegung das Ihrige dazu bei, die dort stehenden Kollegen aus ihrer Letzgarie aufzurütteln und in ihnen den Gedanken wachzurufen, daß sie nicht nur zu ewiger Arbeit, sondern auch zum Genuße der Erdenreichümer geboren sind. — Unter Vereinsmitteilungen kam sodann zunächst das (im Corr. schon erwähnte) Düsseldorf. Jirkular zur Verlesung. In Konsequenz des Remscheider Beschlusses wurde der Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Gantages einstimmig abgelehnt. Betreffend die erschienenen Jirkulare des Gauvorstandes war man über das vom 31. Januar der Ansicht, daß diese Klarstellung, etwas eher erschienen, manches hätte verhindern können. Beim Jirkular Nr. 2 wurde das Hinausschieben des Termins zur Aufstellung von Kandidaten gerügt. Betreffend die Mitteilung über die Zahlungsverweigerung der Angehörigen des Essener Debraudanten wurde der Vorstand beauftragt, dem Gauvorstande zu empfehlen, genaue Erkundigungen über die Zahlungsfähigkeit der betreffenden Angehörigen einzuziehen und event. von einer Privatklage abzusehen, um nicht schließlich noch hohe Kosten zahlen zu müssen. — Der Bericht des Kassierers bilanziert mit 1881,75 Mk.; eine Debatte entspann sich über eine Summe von 30 Mk., welche aus einem Streitfalle H. E. Kontra B. E. herühren und noch offen stehen. Zur Untersuchung der Sache wurde eine Finzer-Kommission gewählt, welche abtrat und in kurzer Beratung die Sache zur großen Freude der Versammelten aus der Welt schaffte. Dem Kassierer wurde Entlastung zu teil. Nach Verlesung der Restantenliste kam der alte Bekannte wieder zur Verhandlung: „Wer bis zum Beginn der Versammlung seine Reste beglichen, soll nicht verlesen werden.“ Der Antrag wurde nach längerer Debatte mit 28 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Infolge erhobenen Zweifels fand namentliche Abstimmung statt und ergab 28 Stimmen für und 33 gegen den Antrag. — Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Otto Lange, Vorsitzender; Gustav Dickhardt, Kassierer; Anton Auweiler, Schriftführer; Kurt Wajmann, Stellvertreter. Die Kollegen Nebe, Marschall und Klinkau wurden Revisoren. — Die nächste Bezirksversammlung findet in Remscheid statt. — Unter Verhiebenem wird die Abhaltung eines Bezirks-Johannisfestes angeregt und beschlossene. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

Eberfeld. Sonntag den 16. Februar tagte in Solingen die zehnte Bezirksversammlung, in welcher die Druckorte Eberfeld, Solingen, Wald, Ohligs, Cronenberg vertreten waren, sowie einige Kollegen aus Remscheid und Barmen. Leider mußte der festgesetzte Vortrag des Kollegen Wettenworth Sterbefalls in der Familie halber ausfallen. Nach dem Berichte des Kassierers betrug die Einnahme und Ausgabe 1665 Mk., wovon 659,22 Mk. an die Gaukasse abgeliefert wurden. Bewegungstatistik: Bestand am 1. Oktober 108, zugereist 15, abgereist 18, aufgenommen 10, ausgeschlossen 6, Bestand am Schluß des Quartals 103 Mitglieder. Im Jahr 1895 betrug die Gesamteinnahme 6356,10 Mk., an Krankengeld bezogen 37 Mitglieder für 1594 Tage 2358,90 Mk., an Arbeitslosenunterstützung wurden 552,45 Mk. und für Porto, Agitation, Verwaltung, Druckkosten 139,30 Mk. verausgabt; an die Gaukasse wurden 2991,45 Mk. abgeliefert. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1895 94 Mitglieder, am 1. Januar 1896 103 Mitglieder, eingetragen 35, zugereist 63, abgereist 56, zum Militär 3, ausgetreten 2, ausgeschlossen 26, gestorben 2 Mitglieder. Als Vorstand wurden die vom Bezirksvorort genannten Mitglieder acceptiert, jedoch das Vorgehen des Vorortes gerügt. Der Antrag des Bezirks Düsseldorf, Einberufung eines außerordentlichen Gantages, fand keine Zustimmung. Ein Antrag auf Urabstimmung über den Verkauf der Gaubruderei wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt, als Ort der nächsten Bezirksversammlung Eberfeld gewählt. Die hier im Februar ausgenommene Statistik hatte folgendes Ergebnis:

Ort	Anzahl der Drucker	Anzahl der Gehilfen	Bestnoten u. Korrektoren	Sezer	Maschinenmeister	Mitglieder	über Minimum	Zum Minimum	unter Minimum	weniger als 10 Stunden arbeiten	10 Stunden arbeiten	Mehr als 10 Std. arbeiten	Anzahl der Lehrlinge
Eberfeld	28	277	18	202	45	79	110	34	96	16	239	268	1
Solingen	8	41	2	31	6	19	17	2	6	17	10	12	
Wald	2	13	1	8	3	4	7		6	13	7		
Ohligs	2	9	1	6	2	6	2	4	2	2	7	2	
Werb.	3	9		8	3	2	5	2	1	7	2	5	
Cronenberg	2	1		1	1	1	1		1	1	1	2	

In Eberfeld außerdem 7 Stereotypen. Von den Lehrlingen lernen als Drucker 18 in Eberfeld, 1 in

Solingen und 4 in Wald. Unter den Gehilfen befinden sich noch 10 Schweizerjungen. In Mettmann arbeiten 1 Seher, 2 und 2 Lehrlinge, in Reviess 1 Seher und 2-3 Lehrlinge; außerdem in Solingen 2 Seherinnen. Der Prinzipalskaffe gehört im Bezirk kein Kollege an.

Freiburg (Schafen). Das verflissene Jahr war für die hiesige Mitgliedschaft nicht günstig; infolge des andauernd schlechten Geschäftsganges am Orte waren 14 Mitglieder 203 Tage arbeitslos und der Krankenstand erreichte im Verhältnis zur Mitgliederzahl eine beträchtliche Höhe: 12 Mitglieder 628 Tage. Auch einige Nichtmitglieder blieben von unfretwilligen Ferien nicht verschont. Für das laufende Jahr ist jedoch eine Besserung eingetreten. — Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 25 (gegen 24 im Vorjahre). Neu-, bezw. Wiederaufnahmen sind 6 zu verzeichnen. — An die Gasse wurden abgeliefert 32,70 Mt., dagegen leistete dieselbe einen Zuschuß von 680 Mt. — Das Vermögen der Ortskasse betrug am Jahresanfang 6,37 Mt., am Schlusse 46,25 Mt. Reiseunterstützung erhielten 40 nicht-bezugsberechtigte und ausgeleierte sowie noch eine Anzahl besonders bedürftige Kollegen im Gesamtbetrage von 33,95 Mt. — Versammlungen fanden 13 statt; der Besuch derselben war zufriedenstellend. Der Johannistag wurde im Vereinslokale festlich begangen. — Die Beschlüsse am Ort am Schlusse des Jahres 1895 veranschaulicht folgende Tabelle:

Druckerei	Beschäftigt:				Bezahlung			Anzahl der Bezahlten		
	Bastoren	Korrektoren	Seher	Drucker	über	unter	Minimum			
Maukisch	1	1	24	2	28	16	9	1	4	2
Gerlach	1	1	7	1	10	9	1	—	3	1
Gähler	—	—	1	1	2	1	—	1	2	—
H. Köhler	—	—	1	1	2	—	—	—	5	2
D. Köhler	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—
C. E. Berge	—	—	1	1	2	—	—	—	1	—
Nichter	—	—	1	—	—	—	—	—	1	1
	2	2	36	6	45	28	13	3	17	6

Bei Maukisch stehen 2 Seher im Berechnen (nach Tarif), bei H. Köhler 1 Buchbinder- und 1 Kaufmannslehrling, bei C. E. Berge wird elfstündige Arbeitszeit verlangt.

Aus der Umgegend ist nicht viel erfreuliches zu melden. — In Brand wird 1 Gehilfe und 1 Lehrling beschäftigt; die Bezahlung des Gehilfen erfolgt zum Minimum. In der Frauensteiner Buchdruckerei befinden sich 2 Gehilfen und 3 Lehrlinge; Bezahlung unter Minimum bei elfstündiger Arbeitszeit. Die „Tarifdruckerei“ in Stebenlehn soll jetzt 1 Gehilfen beschäftigen, aber 5 Lehrlinge sind ständig vorhanden.

— **Preisung.** Vor einiger Zeit beging die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Dr. F. B. Datterer hier ihr hundertjähriges Bestehen, aus dessen Anlaß sich der Besitzer derselben benothen gefunden hat, seinem Geschäftspersonal eine ansehnliche (?) Summe Geldes — wie es in verschiedenen Tageszeitungen hieß — als Geschenk zu überweisen — sehr schön! Humaner würde Herr Dr. Datterer gehandelt haben, wenn er statt dessen den Algemeinen deutschen Buchdrucker tarif zur Durchführung hätte gelangen lassen, was von seinem Personale gewiß sympathischer aufgenommen worden wäre, um so mehr, da die dortselbst herrschenden Zustände sowohl betreffs Bezahlung als Behandlung viel zu wünschen übrig lassen. Es sind in diesem Geschäft insgesammt 13 bis 14 Gehilfen (11 bis 12 Seher, 2 Drucker) beschäftigt; ihnen stehen 5 bis 6 Lehrlinge (4 bis 5 Seher- und 1 Druckerlehrling) gegenüber. Die Bezahlung steht der im Tarife vorgeschriebenen um ein bedeutendes nach; es kommen nämlich höchstens zwei bis drei Gehilfen auf das Minimum, die übrigen werden mit 19 und 20 Mt. entlohnt; Neuausgeretete müssen sich die erste Zeit mit 12, später, fast bis Ende des ersten Jahres nach der Lehrzeit, mit 15 Mt. begnügen und als eine besondere Bergünstigung dürfen sie es ansehen, wenn sie nach dieser Zeit 18 Mt. erhalten. Hierbei gelangen bei allen Gehilfen sämtliche Feiertage, und deren gibt es in Bayern nicht wenige, in Abzug, so daß es nicht selten vorkommt, daß man nach Schluß der Arbeitswoche mit ganzen 10 oder 12 Mt. in der Tasche dem Geschäft den Rücken kehrt. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige und würde somit mit der tariflich festgesetzten genau übereinstimmen, wenn nicht die vorgeschriebene Frühstücks- und Vesperpause in Wegfall käme. All diesem ist auch die Behandlung von Seiten des Herrn Faktors entsprechend angepaßt, selten oder überhaupt nie ist dieser mit der Leistungsfähigkeit seiner „Untergebenen“, als solche sie ihm unbedingten Gehorsam schuldig sind, um nicht indirekterweise mit dem „Casse“ bedroht zu werden, in Bezug auf Quantität zufriedengestellt. Als die vorstehenden Mißstände charakterisierend mag noch angeführt werden, daß vor einigen Jahren von betreffender Firma bei etwas flottem Geschäftsgang ein „Aushilfsarbeiter“ (gelernter Bäcker) engagiert wurde, welcher in erster Zeit mit Aufzäumungsarbeiten betraut wurde, wobei es selbstverständlich nicht ohne die nötigen Zuteilung abging; bald aber stellte man diesen „Mausreißer“ an den Gestellen, damit er an demselben seine „Badenden“ Kenntnisse verwerten konnte, und — siehe da, es gelang ihm auch, seinem „Herrn und Meister“ nachbringend bei einem Salär von 12, später 15 Mt. dienen zu können.

Nach ungefähr zwei Jahren wurde er infolge Arbeitsmangels als „gelernter“ Typograph aus seiner Stellung entlassen, um als solcher weiter sein Glück zu suchen, was ihm auch gelungen ist.

Weg. Das abgelaufene Jahr verlief für den Ortsverein und für den Bezirk Weg ohne Vorkommnisse von allgemeiner Bedeutung. Der Mitgliederstand des hiesigen Bezirks betrug am 31. Dezember 82, der des Ortsvereins 65. Die Erledigung der Vereinsangelegenheiten geschah in 8 Mitgliedschaftsversammlungen und 14 Vorstandssitzungen. Außerdem hielt der Vorstand mit dem Personale zweier Druckereien je eine Druckereiversammlung in Tarifangelegenheiten ab. Durchgereist sind 47 Kollegen. An Krankenunterstützung wurden herausgegeben 361 Mt., 6 Konditionslose erhielten zusammen 124 Mt. Die Ortskasse hatte am 31. Dezember einen Bestand von 280,81 Mt., gegen das Vorjahr ein Mehr von 69,83 Mt. — Bei Konditionsannahme am hiesigen Orte wolle man sich des Minimums (22,50 Mt.) und der Bezahlung der Feiertage versichern. (In einem Teile der Auflage wiederholt.)

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.
Den Konturs angemeldet hat am 25. Februar der Buchdruckereibesitzer Oskar Lange in Köfen. Verurteilt der Buchhändler und Buchdruckereibesitzer Glöb in Dresden zu drei Monaten Gefängnis und der Redakteur der Deutschen Wacht zu 300 Mt. Geldstrafe. Sie hatten einen jüdischen Betriebsbändler in antisemitischem Sinne verarbeitet. — Verleger und Redakteur der Mainzer Volkszeitung wurden wegen eines der Zeitung beigelegten Prospekts, die Empfehlung des Wertes „Das Werden des Menschen“ enthaltend, in Mainz zu je 30 Mt. verurteilt. Die Mainzer Staatsanwaltschaft lehnte die Verfolgung ab, sie vermochte darin eine „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ nicht zu finden. — Wegen Beleidigung der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten zahlte ein Rechtsanwalt 500, Redakteur Bernwald 50 und Redakteur Knorr, sämtlich in Berlin, 150 Mt. Der mit angeklagte Buchdruckereibesitzer Wigandt wurde freigesprochen.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.
Die Veranlagung der Einkommensteuer in Preußen pro 1895/96 ergab 2.605.183 Jeniten mit dem Betrage von 123.433.466 Mt., davon entfallen auf Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften 1324 mit 6387.109 Mt., Vergewerkschaften 93 mit 399.747 Mt., eingetragene Genossenschaften 305 mit 70018 Mt., Konjunkturvereine 169 mit 66.308 Mt. Die Einwohnerzahl beträgt 30.812.583, davon sind steuerfrei 28.624.032 (21.165.032 mit einem Einkommen bis zu 900 Mt.). Die veranlagten Jeniten ergeben 8,45 vom Hundert der Gesamtbevölkerung. Das veranlagte Einkommen der Jeniten beträgt 5.938.867.635 Mt., das Durchschnittseinkommen stellt sich in den Städten auf 2633,99, auf dem platten Land auf 1767,39 Mt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen an Steuern in den Städten 6,94, in den Stadtfreien 9,74, auf dem platten Land 1,64 Mt. Mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mt. sind veranlagt 324.294 Jeniten (physische Personen). Zur Ergänzungsteuer (mehr als 6000 Mt. Vermögen) sind 1.152.332 Jeniten mit 4.347.870 Familienangehörigen herangezogen. Ein Vermögen von über 100.000 Mt. haben 99.183, von über 500.000 Mt. 13.631, von einer Million und mehr 5236 Jeniten.

Der Verkehr von Seeschiffen im Hamburger Hafen hat seit 1891 stetig zugenommen, nur das Jahr 1893 machte eine Ausnahme. Während die Zahlen der aus See gekommenen bezw. in See gegangenen Schiffe im Januar 1892 nur 202 bezw. 186 betragen, sind sie im Januar 1895 auf 500 bezw. 505 und im Januar 1896 sogar auf 632 bezw. 607 gestiegen. Ein erneuter Beweis von dem fortwährenden geschäftlichen Aufschwunge.

Aus dem Jahresbericht über die deutsche Unfallversicherung stellen wir folgende Ziffern zusammen:

	1892	1893	1894
Betriebe . . .	415.335	420.878	426.335
Arbeiter . . .	5.017.490	5.100.661	5.178.786
Löhne . . .	3.292.782.432	3.366.587.329	3.431.714.380
Unfälle . . .	236.265	264.136	282.982
Renten . . .	32.340.178	38.163.770	44.281.736
Verwaltung . . .	—	5.768.418	6.344.857
Sonst. Kosten . . .	—	2.318.489	2.661.617
Einnahmen . . .	—	65.974.560	71.422.740
Reserve . . .	—	—	113.643.515

An Löhnen und Gehältern ergeben sich nach obigen Ziffern für jede versicherte Person durchschnittlich 1892 648,31, 1893 651,31, 1894 656,32 Mt. Diese Erhöhung dürfte noch lange nicht der Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel resp. dem sinkenden Geldwert entsprechen, stellt also in Wirklichkeit ein Sinken des Reallohnes dar, d. h. der Summe von Gütern, die mit dem Lohne gekauft werden können. Die Unfälle beziehen sich auf eine Zahl von 18.191.747 versicherten Personen. Die Zahl der in der Landwirtsch. Versicherung beruht dabei auf Schätzung und wird auf 12.289.415 Köpfe angenommen. Die Unfälle im Betriebe bei diesen Personen haben im Jahre 1894 einen tödlichen Ausgang gehabt für 6361 Personen, welche 4124 Witwen, 7930 Kinder und 2041 Akenbenten hinterließen. Das sind Verluste in einem Jahre, wie sie im Kriege nur eine große Völkerverheerung mit sich bringt. Die Zahl der Unfälle mit der Folge

einer dauernden Erwerbsunfähigkeit fiel von 2507 im Vorjahr auf 1784 im Jahr 1894, dagegen erhöhte sich die Zahl der Unfälle mit zeitweiser Entschädigung von 62.729 auf 69.619. Den Krankentafeln fielen im Jahr 1894 über 200.000 Unfälle zu Laute.

Industrie und Gewerbe.
Die Firma Dollfuß-Wing & Co. in Dornach im Elsass beabsichtigt, demnächst die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen (bisher 11 Stunden). Es soll früh um eine halbe Stunde später angefangen und die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängert werden. Die Firma beschäftigt mehrere Tausende von Arbeitern. Die Arbeiterchaft der übrigen Textilfabriken wird nun ebenfalls die Verkürzung der Arbeitszeit verlangen.

Durch den Konkurs einer Hamburger Firma ist es an den Tag gekommen, daß die pommerischen Wollereien in den Jahren 1889 bis 1895 für 680.000 Mt. Faktoreibutter von der betreffenden Firma bezogen haben. Die Preis. Ztg. fragt, wo diese Butter hingekommen sei und beantwortet ihre Frage dahin, daß man sie entweder als eigne Butter oder doch als Mischung mit Wollereibutter verkauft haben müsse, natürlich ohne Deklaration. Da die Faktoreibutter 30 bis 40 Proz. Wasser enthält, so heißt das ein Geschäft. Und dabei will man beifügen Steigerung der Butterpreise der Margarine auf den Leib rücken, dem Volke diese verkaufen, um die eigne Mischung zu hohen Preisen verkaufen zu können.

Die Produktion an Rübenzucker stieg in Deutschland in den letzten 20 Jahren von 358.000 Tonnen à 1000 kg auf 1.832.000, in Oesterreich von 322.000 auf 1.043.000, in Frankreich von 462.000 auf 702.000, in Rußland von 247.000 auf 600.000, in Belgien von 105.000 auf 230.000, in Holland von 31.000 auf 90.000, in den übrigen Ländern von 4000 auf 108.000 Tonnen. An Rohzucker wurden pro 20 Jahren 1.902.000, im letzten Betriebsjahre 3.067.000 Tonnen. Der Konsum hielt im wesentlichen damit Schritt bis 1894/95. Während er 1893/94 6,9 Millionen Tonnen betrug, machte sich 1894/95 eine Ueberproduktion von 470.000 Tonnen bemerklich. Obwohl nun durch den Aufstand in Cuba, dem Hauptlieferanten an Rohzucker, diese Ueberproduktion aller Voraussicht nach bald schwinden und einer preissteigernden Unterproduktion Platz machen dürfte, so haben es die Produzenten doch nicht unterlassen, die Regierung um Hilfe anzugehen und diese ist ihnen durch den Entwurf einer Zuckersteuernovelle in Aussicht gestellt worden. In der begünstigten Denkschrift werden 23 bis 24 Mt. pro Doppelzentner als ein angemessener Preis angegeben, bezahlt wurden in Hamburg in den Jahren 1891 bis 1894: 24,54, 28,50, 28,30 und 24,75 Mt., die Produzenten haben also keine Ursache, nachdem sie das Fett abgeschöpft, wegen des vorübergehenden Preissturzes im vorigen Jahr (auf 17,05 Mt.) zu jammern, zumal der Preis bereits im Oktober wieder auf 22 Mt. stieg, aber die „fetten Jahre“ sollen auf Kosten der Konsumenten fortbauern. Wenn die Arbeiter ihr bescheidenes Einkommen verbessern oder nur aufrecht erhalten wollen, so nennt man das Begehrlichkeit!

Arbeiterbewegung.
Der Buchdruckereibesitzer Karl Dertel in Nürnberg wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wegen — **Erpressung.** Als Vertreter der Arbeiter soll er beim Streik der Marxhüppischen Fahrradfabrik der Fabrikleitung gedroht haben, man werde Mittel und Wege finden, die Fabrik zu schädigen, man habe die sämtlichen Adressen der Radfahrhändler und werde diesen sowie den Konkurrenzfirmen durch Flugblätter die schlechte Fabrikationsart, welche in der W.ischen Fabrik angeblich vorherrsche, mitteilen. Der Angeklagte bestritt dies zwar, aber in einem von ihm gedruckten Flugblatte wurde die Erfüllung der Drohung erblid. Diese Art „Erpressung“ ist nicht ganz zweifelsohne. Wenn die Unternehmer mit den Arbeitern Krieg zu führen belieben, so müssen sie sich auch die angewandten Kriegsmittel — von denen sie ja selbst Auswahl haben und solche anzuwenden nicht blöde sind — gefallen lassen. Einen Fehler hat der Verurteilte allerdings damit gemacht, daß er dem Gegner die Mittelung von diesem in Aussicht genommenen Kriegsmittel machte, indessen ist dies nicht als allzu streng zu nehmen, jedenfalls ist es nicht als Erpressung im strafrechtlichen Sinne anzusehen, da die Absicht fehlte, sich einen vermögensrechtlichen Vorteil zu schaffen.

Eine interessante Lohnstatistik ist gelegentlich einer in Mülhausen abgehaltenen Konferenz organisierter Textilarbeiter zusammengestellt worden. Danach beträgt der Tageslohn der Arbeiter in den Mülhauser Wollspinnereien für Spinner 4,20 bis 5, Anseher 2,50 bis 3,10, Wollfortierer 3,20 bis 4, Vorarbeiterinnen 1,40 bis 2,50, jugendliche Arbeiter 1 bis 1,40 Mt. Lohn der Arbeiter in den Baumwollspinnereien: Spinner 4 bis 4,70, Anseher 2,40 bis 3, Vorarbeiterinnen 2, Jugendliche 1,20 bis 1,70 Mt. Der Lohn der Weber schwankt zwischen 2 bis 3,40 Mt. pro Tag. Es sind dies die besten Löhne der obererfahrenen Textilfabriken. Im Münsterlande werden die niedrigsten Löhne gezahlt, nämlich 2 bis 3 Mt. durchschnittlich bei zwölf- und teilweise dreizehnstündiger Arbeitszeit!

Briefkasten.
H. in Donauwörth: Solche Karten werden für die Nichtbezugsberechtigten usw. ausgegeben zum Schutze gegen gewisse Verfolgungen. — S. in Esen: 1 x 3, 3 x 9 Mt. Adressenverzeichnis (Nachtrag): Donauwörth. Vertrauensmann: G. Herzog.

